

Studie der Uni-Potsdam beweist: Das Bündnis Sarah Wagenknecht ist nicht nur links-konservativ, sondern auch populistisch.

Es gehört zur Allgemeinbildung, dass sich die politischen Begriffe „links“ und „rechts“ aus der Sitzordnung bei der ersten deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche ergeben haben. Damals stritten sich die Abgeordneten und die Menschen, die sie repräsentierten, leidenschaftlich über das Staatsgebiet selbst, die Rechte der dort lebenden Menschen und die Gestaltung ihrer Gesellschaft. So leidenschaftlich, dass viele dafür in der gescheiterten Revolution auf den Barrikaden starben oder später wegen ihres Engagements hingerichtet wurden, und andere die Schießbefehle dafür gaben bzw. die Todesurteile fällten.

Heute ist der [political compass](#) des Journalisten Wayne Brittenden ist eine häufig genutzte Orientierungshilfe im Dickicht der politischen Ausrichtungen. Politische Ideologie lässt sich diesem Modell gemäß entlang zweier separater, unabhängiger Achsen messen. Die wirtschaftliche (Links-Rechts-)Achse bezieht sich auf wirtschaftspolitische Vorstellungen: links ist definiert als der Wunsch, dass die Wirtschaft von einer kooperativen kollektiven Agentur geführt wird, rechts die Vorstellung, sie konkurrierenden Individuen und Organisationen zu überlassen. Die vertikale Achse misst die politischen Ansichten in Bezug auf das Ausmaß an wünschenswerter persönlicher Freiheit: Libertäre stellen die Maximierung persönlicher Freiheit an die erste Stelle, während Konservative es für notwendig halten, sich Autoritäten unterzuordnen. Es ergeben sich vier Quadranten, denen die ermittelten Ansichten in links-autoritär, rechts-autoritär, rechts-libertär und links-libertär zugeordnet werden können.

Wer den mitgelieferten Selbsttext absolviert, könnte sich mit den Fragen und wegen der abschließenden Einordnung in dieses Raster ziemlich unwohl fühlen. Wer z.B. einen starken Nationalstaat befürwortet, könnte das nicht aus autoritären Motiven, sondern mit der Argumentation tun, dass dort demokratische Rechte besser gewahrt werden können als in transnationalen Gebilden. Wer Gendern nicht besonders prickelnd findet, kann trotzdem starker Befürworter von Frauenrechten sein etc. etc.

Und so ist Prof. Philip Manow zuzustimmen, der bei [einer Diskussion](#) meinte, dass dieses oder ähnliche Raster unzureichend seien, und die Politikwissenschaftler möglicherweise bei deren Entwicklung ihre eigenen politischen Vorurteile hätten mit einfließen lassen.

Es ist jedoch seitens der Autoren des *political compass* aus einem anderen Grund ausdrücklich erwünscht, dass man sich beim Beantworten der Fragen des Selbsttests „ärgert“. (Beispiel: „Wenn die wirtschaftliche Globalisierung unvermeidlich ist, sollte sie dann in erster Linie der Menschheit oder multinationalen Konzernen dienen?“) Denn es geht dem Autor ausdrücklich nicht um eine Meinungsumfrage. Zweck der Fragen sei es vielmehr, „Reaktionen in den Köpfen auszulösen, Gefühle und Vorurteile zu messen, nicht detaillierte Stellungnahmen zur Politik.“

Um die subjektive Identifikation mit bestimmten Haltungen geht es also; die realen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, in denen sich diese entwickeln, werden ausgeklammert. Das Bild des *political compass* entspricht so einem Markt relativ beliebiger politischer Vorstellungen und Weltbilder; warum sich Menschen mit ihnen identifizieren, ist bestenfalls Gegenstand sozialpsychologischer Studien, in denen dann beispielsweise der autoritäre Charakter der AFD-Wähler nachgewiesen wird. Diesen – dank der auf den o.g. Rastern basierenden Marktforschung definierten - nachfragenden politischen Identitäten stehen auf der Angebotsseite die passenden politische Parteien gegenüber. Analog zu Wirtschaftsunternehmen, bedienen sie bestimmte Marktsegmente, der Wahlerfolg beruht darauf, wie es der jeweiligen Partei gelingt, die Identitäten angemessen anzusprechen. Eine Markt der Politik also, auf dem sich die optimale politische Linie durch eine unsichtbare Hand irgendwo in der Mitte einpendelt?

Wie dem auch sei, aus der Markt-Sicht auf unsere politischen Verhältnisse klaffte in Deutschland bisher eine große Marktlücke: Keine Partei hatte sich auf die links-konservativen bzw. links-autoritären Wähler spezialisiert. Diese Lücke füllt von nun an - medial ausführlich diskutiert - das Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW).

Nachdem dieser Sachverhalt ausreichend belegt wurde, blickte die Politikwissenschaft staunend auf ein weiteres Phänomen: Wie ist zu erklären, dass das Bündnis, wie Umfragen belegen, auch auf Stimmen rechts-autoritärer Wähler hoffen kann, die bisher die AfD wählten?

Diese Forschungslücke wurde nun dankenswerterweise von [Wissenschaftlern der Uni-Potsdam](#) geschlossen, die ihre Studie noch rechtzeitig zu den Europawahlen veröffentlichten. Das Ergebnis: Das BSW ist populistisch. Und populistische Einstellungen sind in beiden Wählergruppen weit verbreitet.

Aus der Zusammenfassung der Studie:

„Unter populistischer Kommunikation wird in der Politikwissenschaft eine Rhetorik verstanden, in der die Bevölkerung als von korrupten Eliten unterdrückt dargestellt wird. Für seine Studie analysierte der Politikwissenschaftler die Rolle der populistischen Kommunikation von Wagenknecht und dem BSW gleichermaßen. Die Analyse sämtlicher Reden (ca. 10.000) und Pressemitteilungen (ca. 19.000) aller Linken-Bundestagsabgeordneten in der Fraktion zwischen 2005 und 2023 zeigte, dass Sarah Wagenknecht unter den Linken-Abgeordneten mit Abstand am häufigsten populistische Kommunikationselemente einsetzte. Darüber hinaus sind einige der populistischsten früheren Linken-Abgeordneten dem BSW beigetreten. Gemeinsam prägen sie auch das neu gegründete Bündnis, wie die qualitative Auswertung des BSW-Parteiprogramms offenbart, das eine weitgehend populistische Rhetorik aufweist. Es wird deutlich, dass hier insbesondere die Kritik an der Politik- und Wirtschaftselite eine wichtige Rolle spielen. Diese Elitenkritik wird mit einem starken Bevölkerungsbezug kombiniert, der beispielsweise in der Ansprache der „Fleißigen“ deutlich wird. Insgesamt erscheint damit die Klassifizierung als populistische Partei gerechtfertigt.“

Gut dass es inzwischen gute Software gibt, sonst wäre diese Mammutaufgabe nicht zu schaffen gewesen! Zweifelsfrei nachgewiesen wurden nun endlich typische rhetorische Elemente, die andere schon nach dem Anhören dreier Bundestagsreden und fünf Videos von Sarah Wagenknecht erkannt haben – und zwar ohne Politikstudium und sogar ohne Abitur (sonst wären sie ja auch nicht wirksam).

Was will uns dieses Ergebnis sagen?

Hat hier eine „Stiftung Warentest Politik“ ein aufgrund transparenter Kriterien erarbeitetes, neutrales Ergebnis geliefert, das dem Bürger die Wahlentscheidung erleichtert? So einfach ist es nicht. Obwohl sich die Studie neutral gibt, ist doch das Etikett Populismus kein neutrales. In der heutigen Zeit ist auch keines, welches sich eine Partei selbst geben würde. Es ist vielmehr mit vielen Assoziationen und Unterstellungen verbunden: Eine populistische Partei appelliert an Ressentiments, präsentiert vereinfachende oder gar falsche Erklärungen und Sündenböcke für komplizierte Probleme, verspricht einfache, in Wirklichkeit völlig unrealistische Lösungen und ist unehrlich. In Wirklichkeit sind Populisten Rattenfänger, denen es nicht um das Wohlergehen ihrer Wähler geht, sondern nur um die eigene Macht, die dann für eine ganz andere Agenda genutzt wird. Und wenn das Wort „populistisch“ gar in der Verbindung mit dem Label „autoritär“, egal ob rechts- oder links-autoritär, genannt wird, ist es leicht, eine Partei medial aus dem Bereich eines

vermeintlich seriösen und legitimen Meinungskorridors herauszudrängen. Schließlich ist die weltweite Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Autoritarismus nach Meinung unserer Regierenden der Grundkonflikt unserer Zeit!

Den Übergang zu einer solchen Ausgrenzung formulierten die Autoren [einer anderen Studie](#), in der über Interviews die politische Haltung der „Mitlaufenden“ bei den Montagsdemonstranten untersucht wurde, so: „Sie eint vor allem ein Unmut über die Regierungspolitik, der letztlich auf einem fundamental anderen Deutschlandbild und Demokratieverständnis als dem der Mehrheitsgesellschaft basiert.“

Ist etwas dran an der Gegenüberstellung von privilegierten Eliten und einfachem Volk, auch wenn sie rhetorisch plakativ daher kommt?

In der ersten deutschen Nationalversammlung war klar, dass es solche Gegensätze gab. Damals ging es um das Ende der Standesgesellschaft, den Verzicht des Adels auf Privilegien zugunsten der restlichen Bevölkerung. Aber auch im Volk waren nicht alle gleich. Im Gegenteil: Am Ende verzichtete das besitzhabende Bürgertum auf die vollständige Durchsetzung eigener Forderungen gegenüber dem Adel aus Angst, dass zu viele Zugeständnisse an die Besitzlosen ihre eigene Stellung gefährden könnten. So sollte es noch viele Jahre bis zur Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Deutschland dauern.

[Die ersten Populisten](#) – die sich stolz selbst so nannten - organisierten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den USA, um für die Rechte der Besitzlosen zu kämpfen. Diese Aufstände wurden von den besitzenden Eliten gnadenlos niedergeschlagen.

Ist das heute alles vorbei? Wohl kaum. So wies Thomas Piketty in *Das Kapital im 21. Jahrhundert* akribisch nach, wie sich die Ungleichheit auf der ganzen Welt extrem verstärkt hat, und dass das u.a. die Folge wirtschaftspolitischer Entscheidungen war und ist, z.B. der Privatisierung von gesellschaftlichem Eigentum und staatlicher Dienstleistungen.

In seinem Buch *Kapital und Ideologie* [schlägt Piketty vor](#), „gänzlich auf den Begriff Populismus zu verzichten, da er unterkomplex sei und ignoriere, dass es in Fragen von Grenze und Eigentum durchaus verschiedene legitime Positionen geben könne.“ Es ist nur folgerichtig, dass [Sarah Wagenknecht](#) ihn bei ihrer Besprechung des genannten Buchs mit den Worten zitiert, der Populismus-Begriff sei „zur unschlagbaren Waffe geworden, die es hochbegünstigten sozialen Gruppen erlaubt, jede Kritik ihrer politischen und programmatischen Entscheidungen im Voraus zu disqualifizieren.“ Bellt hier nur ein getroffener Hund?

Da alle negativen Phänomene, die mit dem Begriff Populismus in Verbindung gebracht werden, unzweifelhaft schon mindestens so lange existieren wie es zivilisierte Staaten gibt, würde man sich eine Politikwissenschaft wünschen, die nicht das Herausschreiben von Sätzen aus einem Text (vermutlich mit Hilfe von KI) als „qualitative Analyse“ verkauft, und ihre Zeit nicht mit der computergestützten quantitativen Analyse rhetorischer Sprachmuster verschwendet. Wie interessant wären doch Untersuchungsergebnisse zur realen Substanz der Elitenkritik des BSW und der (potentiellen) Wirksamkeit seiner politischen Vorschläge im Sinne der Volksguppen, die es ansprechen möchte. Eine solche Forschung würde aber wohl ein anderes Politikverständnis voraussetzen: Die Einsicht nämlich, dass es in einer Welt, in der reale Menschen nach realistischen Lösungen für wirkliche Probleme suchen, in erster Linie um objektive Interessen und nicht um subjektiv wählbare Identitäten und Präferenzen geht. Damit war selbstverständlich nie ausgeschlossen, dass sich ein Unternehmer wie Friedrich Engels subjektiv für die Interessen der Arbeiter einsetzen konnte, und Arbeiter sich subjektiv zu Parteien hingezogen fühlten, die ihre Interessen nicht wahrnehmen wollten und konnten.

